Rede
zum Geburtsfeste
des
höchstseligen Grossherzogs
CARL FRIEDRICH
von Baden
und
zur akademischen Preisvertheilung
am
22. November 1878
von
Dr. Otto Karlowa
o. ö. Professor der Rechte
d. z. Prorector.

Ueber die Reception des römischen Rechts in Deutschland,
mit besonderer Rücksicht auf Churpfalz.

Heidelberg.
Buchdruckerei von J. Hörning.
1878.
Carl Friedrich von Brehm
zur Anerkennung Freundschaft
im November 1849

De Olio Natura

Lassen Sie Freundschaft die Lüfte! Freunde sind die Himmel.
Hochansehnliche Versammlung!

I.

Begeht unsre Hochschule schon alljährlich am 22. November in ernster Pietät die Gedächtnissfeier ihres Wiederherstellers, des Grossherzogs Carl Friedrich, so erneuert sich ihr heute, wo seit der Geburt desselben ein und ein halbes Jahrhundert dahingegangen sind, besonders lebhaft das Gefühl dankbarer Erinnerung an die hohen Verdienste des edlen Fürsten.

Carl Friedrich hat vielfach durch die That gezeigt, wie er sich bewusst war, dass die fürstliche Würde ihren Träger vor Allem verpflichtet, die bestehende Rechtsordnung zu schirmen und für die zeitgemässe Verbesserung derselben Sorge zu tragen. Für die Rechtspflege, sowohl die bürgerliche als die peinliche, begann unter ihm eine neue Epoche. Die heilsamen Reformen, welche er auf diesem Gebiet vorgenommen, waren sämmtlich von tiefem Interesse für das Wohl des ihm anvertrauten Landes und dem Geiste einer edlen Humanität eingegeben. Willkürliche Macht sprüche, Acte der Cabinetjustiz, welche in den Zeiten des aufgeklärten Despotismus noch nicht zu den Seltenheiten gehört, weiss die Geschichte von Carl Friedrich nicht zu berichten.

Bei allem Streben des trefflichen Fürsten, dem Recht und dessen Vertretern, den Juristen, die ihnen gebührende Stellung zu sichern, war er doch juristischer Einseitigkeit, wie sie ihm innerhalb seines geheimen Raths begegnet sein mochte, durchaus abhold.3) Als er zur Regierung gelangte, beherrschten die Juristen alle Zweige der Staatsverwaltung. Ihrer Beurtheilung unterlag damals noch ein weit grösserer Theil der Staatsgeschäfte, als dies

Guten Rath zu ertheilen, äusserte er in privaten Aufzeichnungen, sei nicht das Monopol eines einzelnen Standes. Der Regent müsse über jeden Gegenstand die Personen um Rath fragen, welche nebst der Rechtschaffenheit und Klugheit, die man bei einem guten Rathgeber voraussetzen müsse, am meisten Kenntniss des in Frage stehenden Gegenstandes besässen, den Rechtsgelehrten also da, wo Rechtsfragen vorkämen.

Entging es nun auch seinem weiten Blicke nicht, dass es viele nicht rein juristische Berathungsgegenstände gebe, welche so eng mit der Jurisprudenz verwoben seien, dass sich dieselben nicht ohne sie erledigen liessen, so rügte er doch, dass die Rechtsgelehrten Verhältnisse, die staatsmännisch behandelt werden müssten, lediglich aus dem engeren juristischen Gesichtspunkte zu beurtheilen geneigt seien, während doch das Auge des Staatsmanns das Ganze zu übersehen habe.

Durch dieses Verhältniss Carl Friedrichs zu seinen juristischen Rathgebern ist es dem Festredner dieses Tages, als einem Vertreter der Rechtswissenschaft nahe gelegt, Ihre Aufmerksamkeit auf die Wege zu lenken, auf denen das römische Recht und mit ihm die geleherte Jurisprudenz in Deutschland eingedrungen sind, die treibenden Kräfte zu schildern, welche der letzteren jenen lange überwiegenden Einfluss auf die Staatsverwaltung in deutschen Ländern verschafft haben.

Dabei mag es gestattet sein, eine besondere Rücksicht auf das Land zu nehmen, mit dessen Schicksalen die unserer Universität Jahrhunderte hindurch verknüpft gewesen sind: auf Churpfalz.
II.

Der bedeutungsvolle Vorgang in der Rechtsentwicklung Deutschlands, welchen man als die Reception des römischen Rechts zu bezeichnen pflegt, bestand darin, dass seit der Mitte des 15. Jahrhunderts allmählich auch in der weltlichen Rechtspflege ein bedeutender Theil des einheimisch deutschen Rechts zu Gunsten des von Italien her eindringenden römischen Rechts aus der Anwendung verdrängt wurde. Die Geltung des corpus iuris civilis in Deutschland leitete man in der Receptionsepoche aus jener alten Idee her, wonach die den deutschen Kaisern beigelegte Herrschaft über das Abendland nur eine Fortsetzung des imperium Romanum war.


Von Bologna aus wurde für die Anerkennung dieser Consequenz Propaganda gemacht. Die zahlreichen Schüler, welche die Italiänischen Universitäten aus den verschiedensten Ländern Europas anzogen, waren in ihrer Heimath für die Verbreitung der Lehre der Italiänern auf das eifrigste thätig.

Man kann indessen die Factoren, auf welche in Wahrheit die Aufnahme
des römischen Rechts in Deutschland zurückzuführen ist, nicht richtig würdig, wenn man jenem Gedanken eine unmittelbar praktische Bedeutung zuschreibt. Wie die Idee des mittelalterlichen Kaiserthums als einer das gesamte Abendland beherrschenden Macht selbst eine überspannte war und nie verwirklicht wurde, so war auch der daraus hergeleitete Gedanke von der Allgemeinverbindlichkeit des römischen Rechts ein solcher, welcher von der Realität des Lebens absah. Dieser Gedanke hatte keineswegs die Bedeutung und Kraft eines Rechtssatzes. Er war eine Doctrin, welche erst mittelbar, als durch andere Verhältnisse die Wege geebnet waren, die Aufnahme des römischen Rechts in Deutschland befördert und den Character der Reception mitbestimmt hat.


Trotz der engeren politischen Verbindung Deutschlands und Italiens wurde das erstere von den grossartigen wissenschaftlichen Bestrebungen der italienischen Juristen später berührt, als Frankreich und Spanien, Länder, in denen eine ähnliche Mischung römischer und germanischer Bevölkerung stattgefunden, wie in Italien. In Deutschland, wo eine solche Mischung


Schon die Verwaltung des geistlichen Amts selbst, die Thätigkeit im Beichtstuhl, bot dem Priester häufig Gelegenheit, nach den verschiedensten Richtungen auf das Rechtsleben einzuwirken. Gar oft hatte der confessor nicht bloss darüber zu belehren, was Rechts sei, sondern auch nach Weise eines Richters zu entscheiden, ob und was der Büsser in Folge seiner Vergehen zu restituiren und zu vergüten habe.

Bei solcher Thätigkeit konnte er der juristischen Casuistik nicht entrathen, und die Anschauungen des römischen Rechts, von denen er sich vorwiegend leiten liess, mussten allmählich auf dem Wege populärer Belehrung bei dem Volke Eingang finden.

Aber auch in manchen rein weltlichen Stellungen: als Consulenten, Schiedsrichter, Procuratoren, Gerichtsschreiber konnten die Geistlichen ihre Kenntniss des römischen Rechts verwerthen. Kaiser und Fürsten bedurften
schon früh der Beihilfe von Männern, die in der Abfassung von Schriftstücken, in exakter Behandlung der Geschäfte bewandert waren, und fanden solche zunächst nur in dem geistlichen Stande. Allmählig erst liessen sich auch Laien durch das Ansehen, welches die Kenntniss der fremden Rechte den Clerikern in weltlichen Händeln verschaffte, bewegen, sich dem Studium derselben hinzugeben.


Bei Begründung der Universität Heidelberg wurde zwar von vorn herein die Vertretung des römischen Rechts in’s Auge gesetzt: nach der Stiftungsurkunde sollte die zweite Facultät eine des in’s canonicum und civile sein.\(^9\) Während aber von Anfang an drei ordentliche Lecture des kanonischen Rechts eingerichtet wurden, erhielt das Civilrecht nur einen ordentlichen Vertreter.\(^7\) Er sollte, bezeichnend genug, über den Codex lesen, d. h. diejenige Rechtssammlung Justinians, in welcher die für Kirche und Clerus wichtigen Verordnungen der christlichen Kaiser seit Constantin enthalten waren. Als erster Inhaber dieser Professor wird 1387 Mathäus Clementis aus Aragonien genannt.\(^8\) Da seiner in den Acten der Universität später nirgend mehr Erwähnung geschieht, so liegt die Vermuthung nahe, dass er jenes Amt nur sehr kurze Zeit bekleidet habe. In einer Urkunde Ruprechts II. vom Jahre 1393\(^9\) ist nur noch von Meistern und Doctoren in geistlichen Rechten die Rede.

Diese Zurücksetzung des Civilrechts so bald nach Gründung der Universität erklärt sich daraus, dass unter Ruprecht II. eine dem fremden Recht entschieden abgeneigte Strömung die Oberhand gewann. Dieselbe geht deutlich aus der s. g. Rupertinischen Constitution vom Jahre 1395 hervor. Ruprecht empfiehlt darin seinen Erben, dass sie keine Priesters zu Amtleuten
oder Schreibern setzen oder halten sollten. In unmittelbarer Anknüpfung
an diese Ermahnung kündigt er weiter seine Absicht an, für seine Lande
am Rhein das einheimische Recht aufzeichnen zu lassen, da er wohl wisse,
dass durch das beschriebene Kaiserrecht Land und Leuten grosser Schade
und Irrung entstanden sei.10)

Die Versuche der Geistlichen, das fremde Recht auf den weltlichen
Rechtsverkehr anzuwenden, scheinen die Veranlassung zu jenen Bestimmun-
gen der merkwürdigen Acte gegeben zu haben. Indessen wie die Constitu-
tion rücksichtlich ihres sonstigen Inhalts nur ein Entwurf blieb, so scheint
auch die beabsichtigte Aufzeichnung des einheimischen Rechts nie in Voll-
zug getreten zu sein. Die Stelle des Civilisten blieb jedoch in Folge jener
dem Kaiserrecht abgeneigten Stimmung Ruprechts vorläufig unbesetzt.
Dem entsprechend finden sich in den ältesten Statuten der juristischen
Facultät wohl Vorschriften für die drei Ordinarien des kanonischen Rechts,
icht aber solche für einen Ordinarius des Civilrechts.11)

Auch unter den nächsten Nachfolgern Ruprechts II. scheint die civi-
listische Professur nur ganz vorübergehend besetzt zu sein. Als die Uni-
versität im Jahre 1444 dem Churfürsten Ludwig IV. über ihre Zustände
einen Bericht erstattete, wurde es in demselben als zum grossen Schaden
der Universität gereichend hervorgehoben, dass über das Civilrecht nicht
gleisen werde und die Anstellung von zwei ordentlichen Lehrern des Civil-
rechts beantragt. Erst 1452 unter Friedrich dem Siegreichen wurden jenem
Antrage gemäss zwei ordentliche Lecturen des Civilrechts eingesetzt: die
eine war die wieder in’s Leben gerufene professura Codicis, die andere,
deren Inhaber Mitglied des Collegiums der Artisten sein sollte, wird später
in den Universitätsacten immer als Professur der Institutionen erwähnt.12)

Aus jener Vernachlässigung des Civilrechts an unserer Universität wäh-
rend der ersten 60 bis 70 Jahre des Bestehens derselben darf man wohl
den Schluss ziehen, dass ein praktisches Bedürfniss in den Churpfälzischen
Landen damals noch nicht zur Pflege des römischen Rechts an der Uni-

versität hindrängte, vielmehr das einheimische Recht in den Gerichten noch eine ungeschmälerte Herrschaft behauptete.


III.

Mehr und mehr hat die mit der Reception des römischen Rechts sich beschäftigende Forschung erkannt, dass die entscheidenden Gründe derselben in dem eigenthümlichen Entwicklungsgange des deutschen Rechts- und Gerichtswesens zu suchen sind.


Ein erster Ubelstand lag in der mit der Auflösung der alten Gauverfassung verbundenen regellosen Zersplitterung der Gerichtsbezirke. Durch diesen Zersetzungsprozess wurden nicht allein die Kompetenzverhältnisse verdunkelt, sondern es entstand dadurch eine grosse Menge von Inhabern ganz kleiner Gerichte, deren Ohnmacht um so empfindlicher werden musste, als das Streben dahin ging, die Einwirkung fremder Gerichtsgewalt auf die eigenen Gerichtsangehörigen möglichst auszuschliessen. Eine Rechtshilfe durch Vollziehung auswärtiger Urtheile gab es nicht. Die Einheit der Rechts-
pflege innerhalb des Reichs war, wenngleich der Idee nach anerkannt, in 
ihren Consequenzen keineswegs verwirklicht. Kein Wunder, dass solche 
Zustände im Volk das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen 
erstört und das wilde Fehdewesen zur üppigsten Blüthe brachten.

Ein besonders buntes Bild der damaligen sich einander durchkreuzenden 
Gerichtscompetenzen bietet Churpfalz. Hier, wie in anderen Territorien, 
hatten sich die Westphälischen Fengerichte, deren Jurisdiction mit allerlei 
Uebelständen und Missbräuchen verknüpft war, neben den regelmässigen 
Gerichten eingenistet. Drei Stunden von Heidelberg, zu Waldorf, befand 
sich ein besonderer Schöffenstuhl, der dort bis zum Jahre 1461 sein Wesen 
trieb. Ausserdem gab es immer noch vereinzelte kaiserliche Land- oder Hof- 
gerichte, welche nicht bloss für die reichsunmittelbaren Untertanen des 
Kaisers, sondern auf ergehende Anrufung einer Partei auch Territorialein- 
sassen gegenüber thätig wurden. Von diesen kamen für Churpfalz das an 
der Burg zu Nürnberg haftende kaiserliche Landgericht in Franken, welches 
die Hohenzollern als lehnbares Eigentum erworben hatten, und das kaiser- 
liche Hofgericht zu Rottweil in Betracht. Es braucht kaum ausgesprochen 
zu werden, dass die nebeneinander hergehende Wirksamkeit so verschiede- 
er nicht von demselben Gerichtsherrn abhängiger Gerichte, von welchen 
vielleicht jedes in derselben Sache Competenz für sich in Anspruch nahm, 
eine heillose Verwirrung hervorrufen und zur Plage der Untertanen gerei-
chen musste. Immer dringender machte sich das Bedürfniss einer Concentra-
tion der Rechtspflege geltend, welche nach der damaligen Lage der Dinge 
nur von der erstarrenden Fürstengewalt ausgehen konnte.

Ein weiteres Gebrechen, woran das Gerichtswesen des ausgehenden 
Mittelalters litt, war die mangelhafte Beschaffenheit der Rechtsprechung 
selbst. Charakteristisch für die altdeutsche Rechtspflege ist bekanntlich die 
Scheidung der Functionen des Richtens und Urtheilens. Der Richter d. h. 
der vorsitzende öffentliche Beamte hatte die Leitung der gerichtlichen Ver- 
handlungen bis zum Vollzuge des gesprochenen Urtheils, aber er hatte nicht
zu entscheiden, was im gegebenen Falle Rechens sei. Er war nur Frager des Rechts: das Urtheil fanden entweder die sämtlichen Gerichtsangehörigen oder ein geschlossener Kreis von Gerichtsgenossen, von Schöff en. Sowohl im Vollgericht als im Schöffengericht war die Rechtsprechung eine ungelehrte, eine laische. Aus der ursprünglichsten Quelle, aus dem eigenen Rechtswusstsein, der eigenen Erfahrung der Gerichtsgenossen wurde das Recht geschöpft.


Die Entwicklung der Rechtsprechung ist an dem Punkte angelangt, wo das Urtheilen aufhört, ein Bezeugen des in einer Genossenschaft geltenden Rechts zu sein, wo es vielmehr eine Anwendung gegebener, ausser dem Urtheil der vorhandener Normen wird, deren Kenntniss er sich von Aussen her anzueignen hat. Damit ist schon eine Bedeutung des Urtheils gegeben,
welche der römischen und italienischen Auffassung desselben entspricht. Das Urtheilen in diesem Sinne ist ein Amtsgeschäft, zu dessen Vollziehung sich besser, als der Laie, derjenige eignet, welcher dafür gelehrt Schulung mitbringt. Im Zusammenhange mit der veränderten Bedeutung des Urtheilens steht es, dass der vorsitzende Richter Miturtheiler wird und nun die Funktionen des Richtens und Urtheilens, welche das alte Recht scharf unterschied, mehr in einander fließen.

Endlich war auch die Entwicklung des deutschen Gerichtsverfahrens in Bahnen gekommen, welche der Aufnahme des fremden Rechts entgegengührten. Nur in einer besonders wichtigen Beziehung kann dies hier gezeigt werden.


Je fester das schriftliche Verfahren sich ausbildete, desto mehr trat die Beteiligung der Schöffen zurück, dagegen die des gelehrtten Gerichtsschreibers und des vorsitzenden Beamten in den Vordergrund. Man fing an, die Schöffen erst nach geschlossener Verhandlung zur Abfassung des Urtheils zuzuziehen, aber auch das Miturtheilen war ihnen durch diese Ge-
staltung des Verfahrens sehr erschwert, da das Vorlesen der mit gelehrten Deductionen angefüllten Actenstücke nur einen sehr unzureichenden Ersatz für den mündlichen Vortrag gewährte.

IV.

In der Zeit, in welcher die geschilderten Uebelstände der deutschen Rechts- und Gerichtsentwicklung immer stärker hervortraten, wo immer lauter der allgemeine Ruf nach einer Reform der mangelhaften Rechtspflege ertönte, drang unter Anregung der gelehrten Juristen in weite Kreise der Nation die Kunde von den uralten Gesetzen Roms, welche einen Schatz erprobter, gesundester Lebensweisheit bergen sollten. Namentlich die bürgerlichen Klassen in Deutschland erwarteten von der Herrschaft des römischen Rechts die Herstellung und Befestigung eines geordneten Rechtszustands, die Wiedereinkehr des Friedens in die durch das wüste Fehdewesen arg heimgesuchten deutschen Lande.


Unter diesen Umständen wurde die Haltung, welche die politischen Gewalten im Reich zum römischen Recht einnahmen, ausschlaggebend. Das Kaiserthum erwies sich auch in Bezug auf die Einbürgerung des römischen Rechts als eine hauptsächlich nur durch die Idee wirkende Macht. Immer noch sah man die kaiserliche Würde als die Quelle aller Rechte an, als die Gewalt, welche jedem Recht die höchste Gewährleistung und Bestätigung gebe. War auch das Kaiserthum aller unmittelbar eingreifenden Macht ent-
kleidet, so erwies sich doch die Idee desselben als für die Art der Reception des römischen Rechts massgebend. Nur als kaiserlichem Recht konnte ihm die Bedeutung eines subsidiär für das ganze Reichsgebiet geltenden gemeinen Rechts vindicirt werden.\[7]\)


Diese heilsame Reform war nicht der kaiserlichen Gewalt, sondern den conföderativen Tendenzen der Fürsten zu danken, aber es war damit nur ein Anfang gemacht, denn jene Vorschrift galt nur für das höchste Reichsgericht selbst, an welches aus den Territorien eine verhältnismässig nur geringe Anzahl von Rechtssachen im Wege der Appellation gelangte. Da war es nun von der grössten Bedeutung, dass auch innerhalb der einzelnen zum Reich gehörigen Gebiete die Obrigkeit eine das römische Recht entschieden begünstigende Stellung einnahmen. Ueberall wurde durch die von gleicher Tendenz geleiteten particularen Gewalten hier früher, dort später die mindestens subsidiäre Anwendung des römischen Rechts durchgesetzt. Zuweilen geschah dies sogar ohne irgendwelche Mitwirkung der particularen Gesetzgebung, so auch in Churpfalz. Hier wurde erst im Jahre 1582, zu
einer Zeit, wo die Reception des römischen Rechts schon stattgefunden hatte, ein besonderes Landrecht verfasst.\textsuperscript{19})

Die für die Reception entscheidende Zeit war die, in welcher die Landeshoheit sich einer vollständigen öffentlichen Gewalt mehr und mehr anzunähern trachtete. Während in Frankreich das römische Recht schon im 13. Jahrhundert namentlich unter Ludwig dem Heiligen und Philipp dem Schönen der königlichen Gewalt ein Mittel geworden war, die feudale Souveränität der Seigneurs zu bekämpfen, wussten umgekehrt in Deutschland die sich zu Landesherren emporschwingenden Fürsten das römische Recht und die gelehrten Juristen in ihren Dienst zu ziehen.


Die Landesherren dagegen erkannten sehr wohl, dass sie zur Organisation einer einheitlichen Verwaltung ihrer Lande, zur Stütze gegen die


Begreiflich, dass, seitdem die Jurisprudenz jene Bedeutung für die Staatsverwaltung gewonnen, die Landesherren auch in ihrem Verhalten zu dem juristischen Studium auf den Universitäten sich von ganz anderen Gesichtspunkten, wie bisher, leiten liessen. Die juristischen Facultäten wurden nicht mehr aus humanistischer Vorliebe, sondern aus praktischen Gründen gefördert: sie sollten der sich befestigenden Fürstengewalt brauchbare Werkzeuge für die Landesverwaltung auferziehen.\textsuperscript{23}
Auf den neu gestifteten Hochschulen wurde das canonische Recht, welches bis dahin in den juristischen Facultäten immer noch die Herrschaft behauptet hatte, in den Hintergrund gedrängt. Auch die älteren Universitäten wandten seit dieser Zeit der Pflege des römischen Rechts grösse Aufmerksamkeit zu. In Heidelberg war schon 1498 unter Churfürst Philipp neben den beiden bisherigen Lecture für Codex und Institutionen eine solche für die Pandekten eingerichtet. 1522 kam noch eine zweite Professur der Pandekten hinzu. Diese beiden Pandektisten waren nicht blos für eine lehrende Thätigkeit bestimmt, sondern gerade sie sollten auch praktisch zu des Churfürsten eignen und seines Fürstenthums Geschäften verwandt wer-
den.22) Die Professuren des canonischen Rechts dagegen liess man bis auf eine eingehen.23)


Die Mittel, durch welche die geschulte Jurisprudenz in den Besitz der Civilrechtspflege eingesetzt wurde, sind in den verschiedensten Territorien im Grossen und Ganzen sehr gleichmässige gewesen.

Ein wichtiger Schritt nach jener Richtung geschah bei der Reorganisat.

ion der Hofgerichte, welche namentlich seit der Einsetzung des Reichskammergerichts in den meisten Territorien vor sich ging. Dieselben hängen historisch mit den alten Lehn- oder Mannengerichten zusammen, vor wel-
chen die Rittermässigen einen eximirten Gerichtsstand erlangt hatten. In der Zeit, wo man das Bedürfniss empfund, nicht blos von Reichs-, sondern auch von Landesobrigkeitswegen die Rechtspflege zu reformiren, begann man mit einer Neugestaltung jener nicht selten ganz eingegangenen Hofge-
richte. Es ist nicht das kleinste Verdienst Churfürst Friedrichs des Sieg-
reichen, dass er schon mehrere Jahrzehnte vor Einsetzung des Reichskammer-
gerichts einen festen höchsten Gerichtshof für Churpfalz in’s Leben gerufen hat.24) Bei seinem Bestreben, den Uebergriffen der kaiserlichen Land- und
Hofgerichte sowie der Westphälischen Femgerichte ein Ziel zu setzen, fühlte er das Bedürfniss, die eigne Rechtspflege besser zu gestalten, um jeden Vorwand der Berufung an jene Gerichte abzuschneiden. Nachdem er im Jahre 1461 die westphälischen Freigrafen und Schöffen aus seinem Lande gejagt, setzte er ein ständiges Hofgericht ein, welches zu vier Zeiten des Jahres Sitzungen halten sollte. Dasselbe wurde, wie der Geschichtsschreiber Friedrichs, Mathias von Kemnat, berichtet, mit Doctoren des weltlichen und geistlichen Rechts und vielen weisen Laien von der Ritterschaft besetzt. War die Zahl der gelehrten Beisitzer Anfangs auch nur gering, so steigerte sich doch naturgemäss ihr Einfluss im Laufe der Zeit. Mehrfach wird berichtet, dass für das Hofgericht, welches zu Heidelberg seinen Sitz hatte, die Thätigkeit der Mitglieder der Heidelberger Juristenfacultät stärker in Anspruch genommen wurde, als der Universität der Lehrhäftigkeit jener Facultät halber lieb war. Das Eindringen des gelehrten Elements in die Hofgerichte erscheint um so bedeutungsvoller, als dieselben nicht nur als erste Instanz für Ritterbürtige fungirten, sondern für die übrigen Stände Appellationsinstanz wurden.

Die Anlage und Stellung dieser Gerichte wurde den Landesherrn, deren Streben dahin ging, von den Ständen unabhängige Gerichte zu haben, häufig unbequem. Überall behielten sie sich daher neben denselben eine persönliche Jurisdiction vor, welche durch einen gelehrten Kanzler und andere ihm zugeordnete gelehrte Räthe ausgeübt wurde. Die Rechtsprechung dieser Canzleien, in denen nur die romanistisch geschulte Jurisprudenz waltete, ist für die Einbürgerung des römischen Rechts von noch grösserer Bedeutung geworden, als die der Hofgerichte, welche durch jene häufig ganz verdrängt wurden.

Langsamer, als in diesen oberen Regionen, ging die Einführung des römischen Rechts in den unteren Sphären der Rechtspflege vor sich. Es war unmöglich, die Schultheisen und Schöffen der vielen Cent- und Dorfgerichte auch nur zum Theil aus der Zahl der geschulten Juristen zu nehmen.

Allmählig gelang es den Landesherren, diese Missstände der niederen Rechtspflege zu beseitigen, aber freilich durch Massregeln, welche dem römischen Recht die Bahn völlig frei machten.


Die obrigkeitliche Gewalt der Gerichtsherrn hat sich jedoch nicht damit begnügt, durch die Appellation die Rechtsprechung der Schöffengerichte zu beeinflussen: sie hat es verstanden, sich in ihren Organen, den Beamten, neben dieselben zu stellen und ihnen auch in erster Instanz die Rechtsprechung zu entziehen.

Schon vor der Reception des römischen Rechts suchte der Landesherr sehr häufig als Schiedsrichter Rechtsstreitigkeiten beizulegen. Er als der Höchste im Lande genoss, wenn er seiner Aufgabe einigermassen gewachsen war, naturgemäß des allgemeinsten Vertrauens. Da der Landesherr selbst-
verständlich nicht überall in eigner Person jener Aufgabe obliegen konnte, so wurden die Beamten der Verwaltungsbezirke, in welche das Land eingetheilt war, beauftragt, an Jenes Statt das Schiedsrichteramt zu verwalten. Dem allgemeinen Zuge der Entwicklung entsprach es, dass, seitdem gelehrtete Rechtskenntniss sich für die gehörige Besorgung der Verwaltungsgeschäfte als nothwendig erwies, der adlige Amtmann durch den gelehrteten Amtsweser oder Rentbeamten aus der Geschäftsführung verdrängt wurde.\textsuperscript{30})

Das Streben dieser landesherrlichen Beamten, sich in die Rechtspflege einzumischen, fand von Seiten der Landeseingesessenen ein entschiedenes Entgegenkommen. Man war geneigter, die Streitigkeiten im Wege des Compromisses an die Beamten zu bringen, als die Schöffengerichte anzuwenden,\textsuperscript{31}) weil man von jenen rascher und weniger kostspielig bessere Entscheidung erlangte. Die Schöffnen selbst verwiesen nicht selten, wenn sie sich der Entscheidung einer verwickelten Sache nicht gewachsen fühlten, die Parteien an die Beamten. Das Verfahren vor denselben war kein strenges Rechts-, sondern ein Vergleichsverfahren. Im Laufe der Zeit verwandelte sich dieses jedoch in eine wirkliche Rechtsprechung, welche neben und über die der Schöffengerichte trat.

Den Zustand der Uebergangszeit in den Churpfälzischen Landen erkennt man sehr deutlich aus einer Instruction für die Beamten vom Jahre 1683.\textsuperscript{32}) In Sachen, welche sich ohne Weitläufigkeit entscheiden lassen, sollen die Beamten selbst zwar nicht von Rechtswegen, wie die Gerichte, aber von Amtswegen einen Spruch thun. Andere Sachen sollen sie an die Untergerichte verweisen. Von den Urtheilen der letzteren kann an die Beamten als Mittelinstanz appellirt werden. Sind die Untergerichte nicht gehörig besetzt, so haben die Beamten alle Sachen in erster Instanz von Amtswegen zu entscheiden. Der Recurs von den Bescheiden der Beamten in erster oder zweiter Instanz geht theils an die Canzlei, theils an das Hofgericht. Man erkennt deutlich: das treibende Element in der Rechtspflege sind die Beamten. Die landesherrliche Verwaltungjustiz ist auf bestem Wege, die
Rechtsprechung der Schöffengerichte zu verdrängen. Die Zeit des gänzlichen Verschwindens derselben aus der bürgerlichen Rechtspflege ist nicht mehr fern.

Auch in der Umgestaltung der Rechtspflege in den Städten machte sich der Einfluss der neuen Zeit fühlbar. Obwohl sich in ihnen hie und da beim Eindringen des römischen Rechts Opposition geregelt hat, so lässt sich doch nicht verkennen, dass hier in vieler Beziehung der Boden für die Aufnahme desselben empfänglicher war, als auf dem platten Lande. Der Übergang von einfacher Ackerwirtschaft zu städtischer Oeconomie, die raschere Bewegung, in welche das Güterleben durch die emporkommende Gewerbs- und Handelsindustrie geriet, mussten auch in den Rechtsanschauungen einen totalen Umschwung hervorbringen. Das altnationale Landrecht genügte den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr. Der freie städtische Verkehr führte allmählich zur Abschaffung der Hörigkeitsverhältnisse und zur Ausbildung eines neuen freien Weichbildrechts, innerhalb dessen für ständische Sonderungen kein Raum mehr war.

Damit hatte die Rechtsentwicklung innerhalb der Städte schon eine Richtung eingeschlagen, welche durch die Reception des römischen Rechts nur gefördert werden konnte. Dieses ist ein für alle Stände und Berufsarten gleiches, es ist ein auf eine entwickelte Geldwirtschaft berechnetes Recht, welches der Willkür der Individuen in der Gestaltung ihrer Verhältnisse keine hemmenden Schranken setzt. So finden wir denn bei dem städtischen Bürgerstande keineswegs einen so hartnäckigen Widerstand gegen die Aufnahme des römischen Rechts, wie beim Adel.

Auch in den Städten wurden übrigens die Schöffengerichte nicht einfach in gelehrte Gerichte umgewandelt. Die städtischen Patrizierfamilien wollten eben so wenig, wie die Ritterschaft in den Hofgerichten, den Gelehrten gegenüber auf die Ansehen verleihenden Schöffentstellen verzichten, aber durch ähnliche Mittel, wie man sie den anderen Volksgerichten gegenüber angewandt hatte, wurde auch hier materiell der Schwerpunkt der Rechtspflege in die Hände der Gelehrten gelegt.
Von den mannigfachen Tendenzen, welche an der Einführung des römischen Rechts mitgearbeitet haben, war eine der mächtigsten der Trieb nach Einheit des Rechts. War die Reception als einheitlicher auf Gesamt-Deutschland sich erstreckender Vorgang für unsere Rechtsentwicklung von tiefgreifendster Bedeutung, so geht die heutige Zeit, welche die einheitliche Codification des bürgerlichen Rechts unternommen, vielleicht einem nicht minder wichtigen Wendepunkt derselben entgegen. Dem zu erwartenden Gesetzbuch gegenüber werden der modernen deutschen Jurisprudenz Aufgaben erwachsen, für deren Lösung sie unmittelbar Nichts aus dem römischen Recht wird entnehmen können. Mittelbar wird dennoch auch dafür die ernste Beschäftigung mit demselben sich als fruchtbringend erweisen. Wie überhaupt unsere moderne Cultur aus dem classischen Alterthum fortwährend belebende Nahrung zieht, so dürfte auch nach Herstellung des in Aussicht stehenden Civilcodex die deutsche Jurisprudenz gut thun, in dem energischen Studium der römischen Quellen nicht nachzulassen. So kann sie am sichersten die Weite des Gesichtskreises sich erhalten und die geistige Spannkraft erneuern, deren sie in vollem Masse bedürfen wird, um die von ihr in unserem Jahrhundert erlangte Führerrolle auch unter der Herrschaft des zukünftigen bürgerlichen Gesetzbuchs würdig zu behaupten.

Bevor ich zu dem Schlussact der heutigen Feier, der Verkündung der akademischen Preise übergehe, habe ich dem Herkommen gemäß eine kurze Übersicht über die Erlebnisse der Universität in der vergangenen Jahresperiode zu geben.

Seine Königliche Hoheit der Erbgrossherzog hat nach zweijährigem Studium an unserer Hochschule dieselbe zu Ostern d. J. verlassen.

Die Zahl der immatriculirten Studirenden betrug während des letzten
Sommersemesters 757. Abgangszeugnisse sind 419 genommen. Die Zahl der Immatriculationen im gegenwärtigen Semester beläuft sich mit Einschluss der zur Immatriculation vorgemerken Studirenden auf 196. Obschon es nicht unwahrscheinlich ist, dass die Zahl der Abgegangenen jene der Abgangszeugnisse übersteigt, so darf doch angenommen werden, dass der Stand der Frequenz des laufenden Semesters die Zahl 500 etwas übersteigen wird.

In dem Bestande des akademischen Lehrkörpers sind mehrere Veränderungen eingetreten.

Durch den Tod haben wir verloren: den Privatdocenten Dr. Le Beau und den Lector Dr. Otto.

Zum Behuf des Eintritts in andere Wirkungskreise sind aus dem Verbande unserer Hochschule ausgeschieden: der ausserordentliche Professor Dr. Gelzer, welcher als ordentlicher Professor für classische Philologie und alte Geschichte nach Jena berufen wurde; die Privatdocenten Dr. Cohen und Dr. Börnstein, jener einem Rufe als ausserordentlicher Professor an die Universität Strassburg, dieser einem solchen an die landwirthschaftliche Akademie zu Proskau folgend.

Unter Anerkennung seiner treuen und erspriesslichen Dienste wurde der ordentliche Professor der Zoologie und der Paläontologie Dr. Heinrich Alexander Pagenstecher wegen leidender Gesundheit auf sein Ansuchen pensionirt.

Berufen wurde als ordentlicher Professor der Zoologie und Paläontologie der bisherige Privatdocent am Grossherzoglichen Polytechnikum in Karlsruhe, Dr. Otto Bütschli.

Habilitiert haben sich in der medicinischen Facultät Dr. Isidor Steiner, in der philosophischen die Doctoren Otto Behaghel und Fritz Neumann.

Auszeichnung durch Verleihung von Titeln wurde zu Theil: den Geheimen Hofrathen Dr. Gegenbaur und Dr. Kopp, welche zu Geheimeräthen II. Classe, den ordentlichen Professoren Dr. Otto Becker und Dr. Czerny, welche zu Hofrathen ernannt wurden.
Der ausserordentliche Professor für vergleichende Sprachwissenschaft und Sanskrit Dr. Osthoff wurde zum ordentlichen Professor befördert.

Zu ausserordentlichen Professoren wurden ernannt: in der juristischen Facultät die Privatdocenten Dr. Amann, Dr. Buhl, Dr. Cohn und Dr. Lönning, in der philosophischen Facultät die Privatdocenten Dr. Kosmann und Dr. Caspari.

Der Universitätsgärtner Christoph Lang erhielt den Titel eines Garteninspectors.

Der frühere Disciplinarbeamte Haape wurde in seiner bisherigen Eigenschaft als Amtmann nach Eberbach versetzt und die dadurch in Erledigung gekommene Stelle eines akademischen Disciplinarbeamten dem Amtmann Straub übertragen.

An die Stelle des zum Revisor bei Grossherzoglichem Oberschulrathe ernannten Verwalters am akademischen Krankenhouse, Baumert, ist Carl Beutel, bisheriger Verwalter an der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim getreten.

Der mit der Verwaltung der Apotheke im neuen akademischen Krankenhouse in provisorischer Weise betraute Apotheker Dr. Vulpius wurde zum Verwalter dieser Apotheke ernannt.

Vom Beginn des Jahres 1878 wurde die Stelle eines Bibliothekusosts, welche Herr Dr. Schady bis dahin provisorisch bekleidet hatte, dem Genannten definitiv übertragen.

Der in den Ruhestand versetzte Geheime Hofrath Dr. Blum hat anlässlich seines 50jährigen Doctorjubiläums das Commandeurkreuz II. Classe vom Zähringer Löwen,

Geheimerath Dr. Kuno Fischer den Stern zum Commandeurkreuz mit Eichenlaub,

Geheimerath Dr. Knies das Commandeurkreuz II. Classe,

Geheime Hofrath Dr. Bekker das Ritterkreuz I. Classe,
Geheimerath Dr. Renaud den Stern zum Commandeurkreuz desselben Ordens erhalten.

Von Auszeichnungen durch auswärtige Orden habe ich zu erwähnen: die Verleihung des Ritterkreuzes des Königlich Schwedischen Nordsternordens an den ausserordentlichen Professor Dr. Erb, des Grosskreuzes desselben Ordens an Geheimerath Dr. Friedreich, des Ritterkreuzes I. Classe des Königlich Sächsischen Albrechtsordens und des Ritterkreuzes des Ordens der Italiänischen Krone an Geheimer Hofrath Dr. Bartsch, des russischen Stanislausordens II. Classe an Professor Dr. Gass.

In Betreff der akademischen Institute habe ich an erster Stelle zu berichten, dass die Neubauten für die Augenklinik und für die Irrenklinik vollendet und bereits in Benützung genommen sind. Beide Institute sind in den Gesammtorganismus des akademischen Krankenhauses eingetreten und der akademischen Krankenhauscommission unterstellt, in welcher die Directoren der genannten Kliniken Sitz und Stimme haben.

Dem archäologischen Institut wurden die im oberen Stocke des Gebäudes Augustinergasse No. 7 noch freistehenden zwei Räume überwiesen. Der grössere dieser beiden Räume ist vor Allem bestimmt, die kleineren Sammlungsgegenstände, insbesondere die römischen Funde hiesiger Umgebung aufzunehmen.

Im August d. J. sind die neuen Pflanzenhäuser des botanischen Gartens in die Verwaltung der Universität übergegangen; mit Beginn des laufenden Wintersemesters ist auch das neue botanische Institut der Universität bezogen und eröffnet worden. Die erst kürzlich erfolgte definitive Erwerbung der letzten Grundstücksparzelle für den neuen botanischen Garten stellt auch dessen Vollendung für das nächste Jahr in Aussicht.

Zur Deckung der im Jahre 1876 unbezahlt gebliebenen Kosten des akademischen Krankenhauses wurden 9000 Mk. und zur Deckung des Deficits
der Universitätskasse pro 1877 als ausserordentlicher Zuschuss 13,531 Mk. 20 Pfg. bewilligt.

Die Dotation der Universität wurde vom 1. Januar 1878 an um 96,700 Mk. erhöht.

Auch wurden die Aversen einer Anzahl von Instituten vom 1. Januar 1878 an im Gesamtbetrage von 69,656 Mk. 86 Pfg. erhöht.

Verschiedene Institute sind durch erhebliche ausserordentliche Zuschüsse theils aus dem Unterländer Studienfonds, theils aus Staatsmitteln im Gesamtbetrage von 142,382 Mk. 27 Pfg. gefördert worden.

Ausserordentliche Zuschüsse aus Universitätsmitteln wurden im Beträge von 2835 Mk. gewährt.

Für diese so vielseitige Förderung der Interessen unserer Universität sprechen wir der hohen Staatsregierung unseren ehrerbietigsten Dank aus.

Auch im verfllossnen Jahre ist die Universität mit zahlreichen und werthvollen Geschenken von ihren Gönnern und Freunden bedacht worden.

Ein Verzeichniss der Körperschaften, Behörden und einzelnen Personen, welche die Bibliothek mit Gaben von Büchern und Schriften bereichert haben, wird nachträglich bekannt gemacht werden.


Dem botanischen Institut wurden von dem am 19. März 1877 zu Trier verstorbenen Civilingenieur Herrn Wilhelm Bockholtz ein umfangreiches
Herbar und eine werthvolle Bibliothek vermacht. Dasselbe Institut verdankt Herrn Dr. Sonder in Hamburg einen prachtvollen lebenden Baumfarren, sowie Herrn Gerichtsrath Arnold in München die Fortsetzung von dessen schöner Sammlung getrockneter Flechten.

Herr Kreisgerichtsrath von Chelius in Mannheim hat der neuerrichteten Augenklinik zur Aufstellung in ihrem Hörsaal die Büste seines verstorbenen Vaters, des Geheimeraths von Chelius zum Geschenk gemacht.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, im Namen der Universität öffentlich den verbindlichsten Dank für alle diese schönen Gaben auszusprechen.

Ich komme jetzt zum letzten Acte dieser Feier: zur Verkündung der Urtheile der Facultäten über die eingelaufenen Preisschriften und der für das nächste Jahr gestellten Preisfragen.

Für die von der theologischen Facultät gestellte Preisaufgabe ist kein Bewerber aufgetreten.

Das von der juristischen Facultät aufgestellte Thema war: Entwicklung des Begriffs der vis maior aus den darauf bezüglichen Digestenstellen unter Berücksichtigung der Auffassung des Reichsberufungsgerichts.

Es ist eine Arbeit über dasselbe eingegangen, mit dem Motto: "omnis definitio in iure civili periculosas est". Das Urtheil der juristischen Facultät lautet:

"Zu loben ist zuzöderst, dass Verfasser sich in den Quellen fleissig und bedächtig umgesehen hat. Die Art, wie er von den einzelnen Entscheidungen zur Construction der Begriffe aufsteigt, und die ganze Disposition der Abhandlung zeugen von Anlage und guter juristischer Schule. Auch mit der Literatur hat er sich so viel als nöthig bekannt gemacht. Am schwächsten erscheinen die Ausführungen, welche auf die Praxis des Reichsberufungsgerichts Bezug nehmen. Indessen war in dieser Richtung von einem Studirenden auch kaum mehr zu verlangen, so dass der gute

Nach Eröffnung des Umschlags mit dem oben angegebenen Motto zeigt sich als Verfasser der Preisschrift:


Die medicinische Facultät hatte zur Preisbewerbung folgende Aufgabe gestellt:

„Es soll untersucht werden, welche Veränderungen in Folge von traumatischer Anämie im Blute eintreten“.

Die Facultät hat über die bei ihr eingegangene Arbeit mit dem Motto: „Blut ist ein ganz besonderer Saft“ folgendes Urtheil gefällt:

„In der eingegangen Abhandlung wird über eine grössere Zahl eigener, sorgfältig ausgeführter Versuche berichtet, durch deren Resultate unsere auf die gestellte Frage bezüglichen Kenntnisse wesentlich gefördert werden. Die Literatur ist in befriedigender Weise zusammengestellt. Degegen ist die Arbeit nicht frei von formellen Mängeln. Die Anordnung des Stoffes ist zwar eine übersichtliche; aber die Wahl des Ausdruckes, sowie die Art der Darstellung sollten sorgfältiger sein. Ueberhaupt wäre eine gründlichere Ausarbeitung wünschenswerth gewesen. Das Urtheil der Facultät geht da hin, dass die Schrift in Anbetracht ihres sachlichen Werthes des Preises für würdig zu erklären ist“.

Als Verfasser ergiebt sich nach Öffnung des Umschlags:


Von den drei Preisfragen, welche die philosophische Facultät gestellt hatte, ist nur die eine, die staatswissenschaftliche Aufgabe, bearbeitet worden. Sie lautete: „Vergleichende Darstellung und Beurtheilung der Lehren von Turgot, Adam Smith und John Stuart Mill über den Beruf und die Aufgaben der allgemeinen Staatsgewalt auf dem Gebiete der Volkswirthschaft“. 
Zur Beantwortung derselben ist eine Abhandlung eingereicht worden, welche das Motto aus einer Schrift von Victor Cousin trägt: Le gouvernement, qui représente la société, est aussi une personne morale u. s. w.

Das Urtheil der philosophischen Facultät über diese Abhandlung lautet: „Wenn man auch geneigt sein kann, vereinzelte formelle Unrichtigkeiten, welche sich aus dem Gebrauch des Deutschen, als einer für den Verfasser fremden Sprache, erklären lassen, nachsichtig zu beurtheilen, so muss doch an der vorliegenden Abhandlung getadelt werden, dass sie derartige Unrichtigkeiten in grosser Anzahl und mit der öfteren Folge einer Erschwerung und Störung des Verständnisses enthält.

Was die sachliche Behandlung betrifft, so ist auch Fremdartiges herangezogen worden, während einzelne für die Lösung der Aufgabe zu beachtende Fragen übergangen sind oder eine zu wenig ausgiebige Besprechung gefunden haben. Bei einer Umschau über die gesammte Erörterung vermisst man Manches, was sich als Frucht einer nochmaligen Ueberarbeitung einzustellen pflegt, und was seinerseits hier zu liefern der Verfasser mehr durch Mangel an Zeit als durch Mangel an Befähigung verhindert gewesen sein mag.

Denn die Abhandlung bezeugt die gereiftere Einsicht des Verfassers; er hat nicht nur mit grossem Fleisse die Werke der drei Autoren und einen nicht unansehnlichen Theil der einschlägigen Literatur studirt, auch sein Urtheil bewahrt eine besonnene, verständige Haltung, und es fehlt im Einzelnen nicht an guten Ausführungen und gelungenen Erweisen. Die Facultät kann hiernach zwar zu ihrem Bedauern die Zuerkennung des Preises für diese Abhandlung nicht aussprechen; sie erklärt dieselbe jedoch einer öffentlichen Belobung würdig“. Wenn der Verfasser seinen Namen nennen will, so wird dieser nachträglich bekannt gemacht werden.

Als Preisfragen für das folgende Jahr werden aufgestellt:

Von der theologischen Facultät: „Welcher Zusammenhang herrscht im
evangelium des Paulus zwischen den ethischen Forderungen und den dogmatischen Vorstellungen?"

Von der juristischen Facultät: „Darlegung der Grundsätze, welche im Deutschen Reiche der Gegenwart über die Regentschaft gelten“.

Von der medicinischen Facultät: „Unter welchen Bedingungen können grössere vollkommen abgetrennte Gewebstheile (z. B. Hautstücke, Muskelstücke, Knochen von mehr als 1 Centimeter Durchmesser in den verschieden Dimensionen) mit Erfolg transplantirt werden, so dass sie an ihrem neuen Standorte nicht zu Grunde gehen, sondern in organische Verbindung mit dem Thierkörper treten?

Diese Bedingungen sollen theils durch experimentelle Studien, theils durch kritische Sammlung der in der Literatur mitgetheilten Beobachtungen festgestellt werden“.

Von der philosophischen Facultät:

1) Der Prozess des Auflebens und Absterbens stammbildender Suffixe an Beispielen aus den indogermanischen Sprachen dargelegt.

2) Es soll das Verhältniss des Risicos zu dem Einkommen des Geschäfts-Unternehmers mit Beachtung der neuesten Streitverhandlungen dargelegt werden.

3) Es sollen diktotyle Pflanzen, welche im Habitus den Monokotylen gleichen, Entwicklungsgeschichtlich wie anatomisch untersucht und mit ächten, ihnen äusserlich ähnlichen Monokotylen verglichen werden.

Mögen diese Aufgaben nicht vergebens gestellt sein, sondern zahlreiche und preiswürdige Bearbeitungen finden!

Zum Schluss der heutigen Feier spreche ich im Namen der Universität Sr. Königlichen Hoheit dem Grossherzog Friedrich, unsrem Rector magnificentissimus unsren ehrerbietigsten Dank aus für die treue landesväterliche
Fürsorge, welche Höchstderselbe uns fortdauernd zuwendet. Möge der Allmächtige, wie er im verflossenen Jahr das Leben Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Grossherzogin in augenscheinlicher Gefahr gnädig beschirmt hat, auch ferner den Grossherzog Friedrich und dessen erlauchtes Haus erhalten und segnen.
Anmerkungen.


5) Über die Beichtstuhljurisprudenz vgl. namentlich Stintzing, Geschichte der populären Literatur des römisch-kanonischen Rechts S. 489 ff. und Schulte, die Geschichte der Quellen und Literatur des kanonischen Rechts II, namentlich S. 523 ff.


7) Die erste Professor des kanonischen Rechts war die der Decretalen, sodann gab es noch eine Professor des decretum und eine der nova iura, d. h. des Liber sextus und der Clementinen.


14) Vgl. Datt, de pace publica p. 708 § 52.


16) Treffend urtheilt darüber Justus Möser in seiner Osnabrückschen Geschichte I, S. 32: »Denn sobald ein Richter die Gesetze und nachwärts die Rechtweisungen und Auslegungen in einem Buche hatte, so fragte er nicht mehr das Volk, sondern sein Buch und zuletzt fremde Ausleger und Rechte. Da war das Archiv der Gesetze nicht mehr in dem Gedächtnisse aller Männern.«

17) Dass auch die Landesherrn bei der Einführung des römischen Rechts in ihren Territorien auf die Eigenschaft des römischen Rechts als des kaiserlichen Bezug nahmen, zeigen die Worte Kurfürst Joachim von Brandenburg (Mylius Corp. const. March. II. No. 3: »... dieweil unser Churfürstenthumb Brandenburg im Römischen Reich begriffen, so ordnen und setzen Wir, als des Heiligen Reichs Churfürst, wie sich auch wohl ziemt, dass in unsern Landten ... Kayser Recht gesprochen werde)."

18) Vgl. darüber Franklin, das königliche Kammergericht vor dem Jahre 1495, S. 44 f.

schwören, «nach ihrer Churf. G. Land-Recht unn andere derselben aussgangenen Satzungen, Aber in Fällen, so in derselben Recht und Satzungen nit versehen, auff die gemeine geschriebene Recht, dass heyligen Reichs Constitutiones — urtheilen u. s. w. — Nach der Hofgerichtsordnung Tit. IV u. V sollen die Besitzer des Hofgerichts »in allen Sachen auff die gemeine geschriebene Recht, dass heyligen Reichs Constitutiones, guter Ordnungen, unser Land-Recht, Statuten, redliche ehrbare Gewohnheiten unsers Churfürstentums und dero Gericht u. s. w. Urtheil fassen und aussprechen u. s. w. Nach Tit. X müssen Höfrichter und Besitzer einen Eid dahin schwören, dass sie wollen — — nach gemeinen beschriebenen Rechten, dass heyligen Reichs Constitutionen, ehrbarn unn guten Ordnungen, Statuten und Gewohnheiten (so fern dieselbigen fürkommen) — — urtheilen u. s. w. —

Nach dem Urtheil Gerbers, das wissenschaftl. Prinzip des gemeinen deutschen Privatrechts S. 174 f. ist das Churpfälzische Landrecht im Wesentlichen eine Reproduction des römischen Rechts, »dessen Stoff dieser Codex in der Manier einer lehrbuchartigen Darstellung wiedergiebt, und noch mehr im Detail ausbaut als sein Muster«.


26) Anfänglich konnte alle Professoren der juristischen Facultät abwechselnd die Verpflichtung zur Theilnahme am Hofgericht treffen. Da sie dieser Verpflichtung aber nur lässig nachkamen, so ordnete Pfalzgraf Philipp in einem 1503 an die Universität gezeichneten Schreiben an, »das ir in der Universitat die Vacancen und Lecturen also ordnen und anschicken wollen das die Vacanz in das Jar zwischen unsern Hoffgerichten vertheilt und die Lecturen der masse und Zit versehen werden das Ir uns all Hoffgericht zwen gewisse Doctores in legibus den andern in canonicibus lesend, an das Hoffgericht geben mögen des stetigs zu warten u. s. w.« Wund a. a. O. P. II. p. 16 u. 17. In der Reformation Ludwigs VI. von 1522 wurde dann bestimmt, »dass alle in dyser rechtlichen Facultät lesende Personen Doctores oder Licentiaten zu ihren verschiedenen Stunden weder in unser Cantonley allhie noch zu andern unserrn Geschäffen gefordert oder gebraucht werden, ausgenommen die zwn dero einer in digesto veteri, der andere in digesto novo lesen, welche zwen zu unserer und unseres Fürstenthums Geschäffen gebraucht wollen werden.« Wund a. a. O. P. III. p. 8 not. 30.


28) S. Ann. 19.
29) Vgl. darüber die Nachweisungen bei Stötzell, Entwicklung des gelehrten Richter-
thums, S. 188—203. Lehrreich auch Seeger, die strafrechtlichen consilia Tubingensia von
der Gründung der Universität bis zum Jahre 1600. (Festprogramm der juristischen Fakultät
zur vierten Säcularfeier der Universität Tübingen.)

30) In den Kurpfälzischen grösseren Aemtern war neben dem adligen Amtmann zur
Eintreibung der Geldgefäße ein rechtsgelehrter Landschreiber bestellt. Der Landschreiber
gehörte zu den Oberbeamten. Nach der Instruction von 1688 soll weder von dem Ober-
Amtmann noch Landschreiber, oder wer an dessen statt, etwas allein gethan, sondern da
selbige differenter Meinung, die Sache zu weiterer Verordnung zu Chur-Pfalz Canziel be-
richtet werden u. s. w. « Vgl. Janson, Materialien zu einem zukünftigen Gesetzbuch für die
Churpfälzischen Lände, I. S. 125. Als die adlige Beamtenstelle seit dem Ende des 17. Jahr-
hunderts sich allmählich in eine reine Sinecure verwandelte, wurde die Ausübung der Gerichts-
barkeit den Landschreibern oder Amtsverwesern allein übertragen. Vgl. auch Steiner,
Geschichte der Städte Umstadt und Babenhausen, S. 51 ff., S. 67. Für kleinere Unterämter,
Kellereien, Oberschultheisereien wurden wohl rechtsgelehrte Keller und Oberschultheisen
angestellt. Gute Auskunft darüber gewährt das oben angeführte Werk von Widdler.

31) Darüber hat das Werk von Stötzell ganz neue Aufschlüsse gegeben.

32) Vgl. Janson a. a. O. S. 119. 120. Bezeichnend für den Character der Rechts-
sprechung der Beamten ist, dass die Vorschriften für dieselbe sich nicht in den Gerichts-
ordnungen, sondern theils in der Landesordnung, in welcher die auf Regierung, Polizei,
Verwaltung u. s. w. bezüglichen Gesetze aufgenommen sind (vgl. Tit. XI. a. 3 u. 5), theils
in Instructionen, wie die vom 5. Mai 1683, enthalten sind.
Beilage.

Verzeichniss

der Geschenkgeber an die Grossh. Universitätsbibliothek

vom 1. November 1877 bis 1. November 1878.

---

KARLSRUHE:

Grossh. Ministerium des Inneren
Das Grossh. Justizministerium
Grossh. Handelsministerium
Das Grossh. Statist. Bureau
Grossh. Hof- u. Landesbibliothek
Das Grossh. General-Landesarchiv
Die Grossh. Landesgewerbehalle
Herr Ministerialpräsident Stösser

HEIDELBERG:

Akademisches Directorium
Juristische Facultät
Herr Professor Dr. Amann
Herr Dr. von Bediaga
Herr Geh. Rath Pr. Dr. Bluntschli
Herr Professor Dr. Cantor
Herr de Cestella
Herr K. Dalauer
Herr Dr. Doergens
Herr Professor Dr. Eisenlohr
Herr Geh. Rath Pr. Dr. Friedreich
Herr Hofrath Prof. Dr. Fühling
Herr Geh. Rath Pr. Dr. Gegenbaur
Herr Freih. Guttenberger
Herr Stadtprätor Herbst
Herr Professor Holsten
Herr Professor Dr. Ihne
Herr Professor Dr. Karlowa
Herr Dr. Landgraf
Herr stud. Laude aus Warschau
Herr Dr. Lobstein
Herrn Buchhändler Ernst Mohr's Medizinischer Leserzirkel
Die Museumsgesellschaft
Herr Dr. Max Reichenheim
Herr Schürmfabrikant Rongé
Herr Dr. Schady, Custos der Universitätsbibliothek
Herr W. Schlötel
Herr Director Dr. Weber
Herr Dr. Wille
Herr Hofrath Prof. Dr. Winkelmann
Herr Oberbibliothekar Professor Dr. Karl Zaagemeister

DONAUSCHINGEN:

S. Durchlaucht der Fürst v. Fürstenberg

FREIBURG:

Herr Dr. Calberla
Die Grossherzogl. Universitäts-Bibliothek

MANNHEIM:

Die Direction des Grossherzogl. Gymnasiums.

BERLIN:

Deutscher Reichstag
Das Preuss. Abgeordnetenhaus
Köln. Preuss. Cultusministerium
Köln. Preuss. Landwirtschaftsamt
Ministerium
Köln. Preuss. Statist. Bureau
Das statistische Bureau der Stadt Berlin
Herr Generalpostmeister Stephan
Herr Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. H. v. Nathusius u. Herr Landesökonomierath Dr. H. Thiel
Herr Professor Dr. Wattenbach

BRAUNSCHWEIG:

Herzogl. Braunschw. Regierung

COBURG u. GOTHA:

Herzogl. Sachs-Coburg-Gothaische Stantministerium

DRESDEN:

Das Königl. Sachs. Statist. Bureau
Die Königl. Sachs. Regierung

GÖTTINGEN:

Die Königl. Universitäts-Bibliothek

LEIPZIG:

Herr D. O. Lenel
Herr Buchhändler J. O. Weigel
Herr Geh. Rath Prof. Dr. Windscheid

LUDWIGSHAFEN:

Herr Studienlehrer Keiper

MARKIRCH im ELsass:

Herr Postdirector C. Löser.
Merceburg:
Der Verband öffentlicher Feuer-
versicherungsaustalten.

München:
Königl. Bayern. Cultusministerium
Die Königl. Bayern. Akademie der
Wissenschaften.

Neustadt-Eberswalde:
Die Königl. Forstakademie Ebers-
walde.

Rudolstadt:
Fürstl. Schwarzwald - Rudolstadt.
Ministerium.

Schleswig:
Die Königl. Preuss. Regierung in
Schleswig.

Sondershausen:
Fürstl. Schwarzwald-Sondershausen.
Staats-Regierung.

Speyer:
Der Gewerbeverein.

Stuttgart:

Tübingen:
Die Universität.

Weimar:
Grossherz. Sachsen-Weimarsches
Staatsministerium.

Würzburg:
Herr Professor Dr. J. Kohler.

Buda-Pest:
Die Königl. Universität.

Hermannstadt in Siebenb.: Das Siebenb. Landesconsistorium
Der Superintendent der Siebenb.
evangel. Kirche.

Klausenburg:
Die Universität.

Wien:
Die Kaiserl. Königl. Akademie der
Wissenschaften.

Bern:
Der Schweizerische Bundesrat
Das Comité der Haller-Ausstellung.

Winterthur:
Herr G. Geilfus.

Amsterdam:
Das evang. luth. Seminar.

Haarlem:
Das Bureau scientifique central
Néerlandais.

Rotterdam:
Herr L. V. Ledeboer.

Brüssel:
Die Académie Royale de médecine
de Belgique
Herr Maisens.

Lüttich:
Herr F. Hannaux.

Dublin:
Der board of Trinity College.

Greenwich:
The Royal Astronomer.

London:
Die Trustees des Brit. Museums
Die Royal Society
Die Pathological Society
Das University College
Die British association for the
advancement of science
Die Howard association
Herr Buchhändler Quaritch.

Paris:
Herr J. Z. Amussat
Herr V. de Beauville
Herr Berger-Levrault
Herr Elie de Cym
Herr Houel
Herr Comte Léopold Hugo
Herr Noah Jacobsohn.

Ascoli-Piceno:
Die Municipalbibliothek von As-
coli-Piceno
Herr Giolfo Gabrielli direttore del
Museo Civico.

Florenz:
Die Biblioteca Nazionale.

Neapel:
Herr Gabriele Jannelli.

Pavia:
Die Universität.

Rom:
Die Italienische Regierung
Das Ministerio del Interno
Herr Buchhändler Spithoever.

Siena:
Herr Gius. Campaui.

Turin:
Die Regia deputazione sovrana gli
studij d’istoria patria.

Athen:
Herr A. K. Christomanos.

Stockholm:
Herr C. J. Schlyter.

Dorpat:
Die Gelehrte Estn. Gesellschaft.

Moskau:
Die société Impériale des nature-
listes de Moscou.
St. Petersburg:
Die Académie Impériale des sciences de St. Pétersbourg
Die Commission archéologique de St. Pétersbourg.

Beloit (U. St. Wisconsin):
Herr Chamberlin chief geologist of Wisconsin.

Columbia (U. St. South-Carolina):
Die General assembly of South-Carolina
Die State library of South-Carolina.

Detroit (U. St. Michigan):
Das State board of geological survey of Michigan.

New-York:
Die Medico-legal society.

Philadelphia:
Die academy of natural science.

San Francisco:
Die mercantile library association.

Washington:
Das U. St. Bureau of education
Das U. St. Coast Survey office
Die Smithsonian Institution
Herr F. V. Hayden U. St. Geologist.

Mexico:
Die mexicanische Regierung
Das Ministerio de fomento.

Santiago:
Die Universidad de Chile.
Merseburg:
Der Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten.

München:
Königl. Byr. Cultusministerium

Neustadt-Eberswalde:
Die Königl. Forstakademie Eberswalde.

Rudolstadt:
Fürstl. Schwarzburg-Rudolstädt. Ministerium.

Schleswig:

Sondershausen:

Speyer:
Der Gewerbverein.

Stuttgart:

Tübingen:
Die Universität.

Weimar:
Großherz. Sachsen-Weimarsches Staatsministerium.

Würzburg:
Herr Professor Dr. J. Kohler.

Buda-Pest:
Die Königl. Universität.


Klausenburg:
Die Universität.

Wien:

Bern:
Der Schweizerische Bundesrat. Das Comité der Haller-Ausstellung.

Winterthur:
Herr G. Geillus.

Amsterdam:
Das evang. beth. Seminar.

Haarlem:
Das Bureau scientifique central der Niederlande.

Rotterdam:
Herr L. V. Ledeboer.

Brüssel:
Die Académie Royale de médecine de Belgique
Herr Melsens.

Lüttich:
Herr F. Hanuux.

Dublin:
Der board of Trinity College.

Greenwich:
The Royal Astronomer.

London:
Die Trustees des Brit. Museum
Die Royal Society
Die Pathological Society
Das University College
Die British association for the advancement of science
Die Howard association
Herr Buchhändler Quaritch.